

weit über dem Durchschnitt von 36%, wie er für die übrigen Entwicklungsländer der Welt charakteristisch ist.

Zusätzlich gibt es in Asien 25-30 Millionen Straßenkinder und rd. 1 Million Kinder, die ihren Lebensunterhalt mit Prostitution bestreiten. (XNA, 27.2.95)

Bereits im Oktober 1994 war eine "Agenda for Action on Social Development" herausgegeben worden, in der sich die Regierungen verpflichtet hatten, die absolute Armut in Asien bis zum Jahr 2010 zu beseitigen. Außerdem haben die entwickelten Länder seit langem zugesagt, 0,7% ihres BSP für "official development assistance" zur Verfügung zu stellen.

Beim Kopenhagener Gipfel wurden diese Verpflichtungen und Zahlen fortgeschrieben. -we-

*(3)

Weiterer Aufwind im Tourismus

Der grenzüberschreitende Tourismus, der nach den Ereignissen vom 4. Juni 1989 einen dramatischen Rückschlag erlitten hatte, befindet sich in den letzten Jahren erneut in stürmischem Aufwind. 1994 kamen 43,68 Millionen Reisende aus dem Ausland, Taiwan, Hongkong und Macau zu unterschiedlichen Zwecken, z.B. zu Reisen, Besuchen, aber auch zu Handelszwecken in die VRCh, 5,2% mehr als 1993. Die Deviseneinnahmen aus dem Tourismus erreichten 7,3 Mrd. US\$. Die Zahl der von Reisebüros und anderen Organisationen betreuten internationalen Touristen betrug 7,6 Millionen (= +8,4% gegenüber 1993). Die Zahl der inländischen Touristen belief sich sogar auf 450 Millionen (= +9,8%). Die Touristik gilt als "Sonnenaufgangs"-Industrie, und man hofft, daß sich die VRCh zur Jahrhundertwende in den Zug der touristischen Großmächte der Welt einreihet.

Überall sind Innovationen im Gang. 1994 wurde beispielsweise die erste Handelsmesse für touristische Investitionen veranstaltet. Ferner werden immer mehr Urlaubsgebiete weiter ausgebaut. Erweiterungen auch bei der Infrastruktur: Bis Ende 1993 gab es im ganzen Land 2.354 Hotels mit 350.000 Zimmern sowie 3.086 Reisebüros. Die Branche beschäftigt mittlerweile mehr als zwei Millionen Angestellte, von denen sich 800.000 mit dem internationalen Tourismus befassen. Ferner gab es 46.000 Straßenfahrzeuge und 1.084 Schiffe ausschließlich für den Touris-

mus. Die Flughäfen wurden verbessert und beim Eisenbahntransport 341 Sonderlinien in Betrieb genommen. In mehr als 40 wichtigen Küstenstädten wurden Telefone eingerichtet, bei denen sich jedermann über unzureichende Dienste beschweren kann. Darüber hinaus wurden "Verwaltungsmaßnahmen für die Sicherheit der Touristen" erlassen.

Neben den allgemeinen Fahrten werden immer mehr Sonderausflüge angeboten, z.B. unter dem Titel "Chinesische Landschaft '93", "Chinesische Kulturdenkmäler '94", "Chinesische Folklore '95" und "Chinesische Urlaubsgebiete '96". (BRu 1995, Nr. 9, S 7-12) -we-

Innenpolitik

*(4)

Die Identitätskrise der Kommunistischen Partei: Ein interner Bericht

Auf einer nicht-öffentlichen Konferenz zur ideologisch-politischen Arbeit, die Anfang März vom ZK-Sekretariat der Kommunistischen Partei veranstaltet wurde, ist vor den Folgen einer tiefgehenden Identitätskrise der Partei gewarnt worden. Hu Jintao, das für die "Organisationsarbeit" zuständige Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros, legte einen Bericht über "Fragen der gegenwärtigen innerparteilichen Überzeugungskrise und ideologischen Tendenzen" vor. (ZM, 1995/4, S.15-16.)

Hu stellte, ohne zu beschönigen, fest, daß unter den Parteimitgliedern bis in hohe Kaderränge hinein die ideologischen Grundlagen des sozialistischen Systems zum Teil radikal in Frage gestellt würden.

- Die ideologische Verunsicherung unter Parteikadern und -mitgliedern käme unter anderem in der Auffassung zum Ausdruck, daß die internationale kommunistische Bewegung gescheitert sei: Der Untergang der Sowjetunion und die innerchinesische Entwicklung hätten deutlich gemacht, daß das sozialistische Entwicklungsmodell für die Modernisierung Chinas nicht die geeigneten Methoden bereithalte.
- Allerdings werde auch die Eignung eines kapitalistischen Entwicklungsmodells von vielen Parteimitgliedern bezweifelt. Manche verurteilten sogar

den nach 1979 beschrittenen Kurs als "revisionistische" Abkehr vom sozialistischen System der vorangegangenen drei Jahrzehnte.

- Andere seien der Ansicht, daß schon seit langem eine ausgeprägte "Entfremdung" gegenüber dem Sozialismus in der VR China bestehe und daß dies sogar eine günstige Voraussetzung für die wirtschaftliche Modernisierung darstelle.
- Westliche, "kapitalistische" Lebensanschauungen (*renshengguan*) und Philosophien gewannen in Teilen der Partei an Einfluß: Vereinzelt werde in Parteisitzungen über "abstrakte" Prinzipien des bürgerlichen "Humanismus" (*rendao zhuyi*) debattiert.
- Verbreitet sei die Einschätzung, daß die Arbeit der Partei im Bereich von Ideologie und Propaganda ihre Wirkung eingebüßt habe und kaum mehr zum Zusammenhalt der Organisation beitragen könne.
- Die von der Parteiführung verbindlich vorgegebenen "Vier Grundprinzipien" (Führungsrolle der Partei, "Demokratische Diktatur des Volkes", sozialistischer Entwicklungsweg, Marxismus-Leninismus/Mao-Zedong-Ideen) würden von einem Teil der Parteimitgliedschaft in Zweifel gezogen und nur noch als Lippenbekenntnisse hochgehalten.
- Einige bezweifelten sogar den "proletarischen" Charakter der KPCh und sprächen über die Notwendigkeit, das Parteistatut als Reaktion auf die gesellschaftlichen Veränderungen zu revidieren.
- Auch werde diskutiert, ob sich in der Partei als Folge der wirtschaftlichen Modernisierung und des sozialen Wandels eine neue "besitzende Klasse" durchsetzen werde oder gar eine "neue soziale Revolution" stattfinden könne.
- Andere befürworteten gar, daß die Partei den "kapitalistischen Weg" beschreiten solle, allerdings ohne ein System "bourgeoiser politischer Parteien" in China zuzulassen.

Hu Jintaos Diagnose der vielfältigen und widersprüchlichen politischen Strömungen innerhalb der Partei macht deutlich, welche tiefgreifenden Veränderungen durch die Reform- und Öffnungspolitik unter der Parteimitgliedschaft ausgelöst wurden. Es hat sich eine Pluralität von Meinungen und Überzeugungen entwickelt, die für die Zukunft des politischen Systems weitreichende Rückschlüsse zuläßt.

Mehrere Faktoren sind es, die bis jetzt die 54 Mio. Parteimitglieder umfassende Kommunistische Partei zusammenhalten:

- Das *Machtmonopol der Partei*: Die Kommunistische Partei ist die einzige Organisation, über die man in China politische Macht und die damit für die eigene Familie verbundenen sozialen und wirtschaftlichen Vorteile erlangen kann.
- Der *Zusammenhalt der zentralen Parteiführung*: Die Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros und der Zentralen Militärkommission zeigen gegenwärtig in politischen Grundsatzen eine beachtliche Solidarität: Selbst wenn Uneinigkeiten bestehen, dringen diese bisher nur sehr selten an die Öffentlichkeit und führen nicht zur Lähmung des Entscheidungszentrums.
- Die *Angst vor dem Chaos und die "sowjetische Lektion"*: Selbst wenn viele Parteikader und -mitglieder Zweifel am inneren Zustand der Parteiorganisation und an der Politik der Parteiführung haben, so sehen sie bisher keine organisatorische Alternative, mit der China regiert werden könnte, ohne in schwere innere Konvulsionen gestürzt zu werden. Die "sowjetische Lektion" (die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen des Untergangs von KPdSU und Sowjetunion) steht vielen Parteimitgliedern als abschreckendes Beispiel vor Augen.

Keiner dieser Faktoren kann den Bestand der Einparteiherrschaft in China auf Dauer sichern. Die von Hu Jintao konstatierte Identitätskrise der Partei wird sich mit einiger Sicherheit sofort politisch manifestieren, wenn einer dieser Faktoren wegfallen sollte.

Ein Großteil der Parteimitglieder befindet sich nur noch aus Karrieregründen in der KPCh; die Partei ist besonders unter der jüngeren Mitgliedschaft zu einem Sammelbecken der Opportunisten und stillen Zweifler geworden.

Dies könnte im Falle von politischen Grundsatzenkonflikten und/oder länger anhaltenden Lähmungserscheinungen im Beijinger Entscheidungszentrum dazu führen, daß

- * die Partei binnen kurzer Frist auf allen Organisationsebenen in Flügel und Gruppierungen zerfällt, die sich offen befehden;
- * ein großer Teil der Mitglieder die Gefolgschaft aufkündigt und sich aus der Parteiorganisation spontan zurückzieht. -hei-

***(5) Die Volkskongresse werden in der Bevölkerung nicht besonders geschätzt: Eine Umfrage**

Im Auftrag des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses (siehe auch den Beitrag "Die Jahrestagung des NVK: Abstimmungsrevolten und regionale Sonderinteressen") wurde kürzlich eine Befragung über die Einschätzung der politischen Rolle der Volkskongresse durchgeführt. Insgesamt wurden etwa 12.500 Chinesen in zehn Großstädten (Beijing, Tianjin, Shanghai, Xi'an, Wuhan, Nanjing, Shenyang, Chengdu, Guangzhou und Shenzhen) befragt. Die Ergebnisse wurden am 2. März in den von der offiziellen Nachrichtenagentur Xinhua zusammengestellten "Internen Referenzmaterialien" (*neibu cankao*) abgedruckt. (Siehe DX, 1995/3, S.11-13.)

Obwohl sich unter den Befragten eine große Zahl von Parteimitgliedern und Staatsbediensteten befand, wurden die Kompetenzen und die politische Bedeutung der Volkskongresse auf den verschiedenen Verwaltungsebenen sehr skeptisch, oft sogar zynisch beurteilt. Immerhin 48% gestanden offen ein, daß sie die Eröffnung der Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses (NVK) in Beijing nicht interessieren und sie sich auch nicht damit beschäftigen wollten. Selbst unter den befragten Mitgliedern der Partei und des Kommunistischen Jugendverbandes vertraten fast 50% die Auffassung, daß die Einberufung des NVK eine reine Formalie sei und die nationale Volksvertretung nicht imstande sei, irgendwelche konkreten Probleme zu lösen.

Auf die Frage nach den konkreten Gründen für die Geringschätzung des nationalen Gesetzgebungsorgans gaben die Befragten unter anderem folgende Antworten:

- Alle wichtigen Fragen würden von den Parteikomitees entschieden (*Dangwei shuole suan*). Der NVK sei ein der Partei untergeordnetes Organ.
- Die Delegierten des NVK repräsentierten nicht das Volk, sondern seien "Schachfiguren der Parteiorganisation" (*Dang zuzhi de qizi*).
- Solange keine politischen Reformen innerhalb der Parteiorganisation durchgeführt würden, werde auch der NVK keine Aufwertung erfahren.
- Der Kommunistischen Partei und den Zukunftsperspektiven Chinas würde es sicherlich gut tun, wenn man eine

größere Meinungsvielfalt auch im NVK zuliebe, aber die Parteiführung lehne dies ab.

Daß einige der kritischsten Bewertungen von Parteikadern formuliert wurden, belegt, daß innerhalb der Kommunistischen Partei keineswegs Einigkeit im Hinblick auf den umfassenden Kontrollanspruch der Parteikomitees im politischen System besteht. Auch hierin zeigt sich, welchen tiefgreifenden Wandel die Parteiorganisation zur Zeit durchmacht. -hei-

***(6) Polizeiaktionen gegen "reaktionäre Sekten" in Henan und Sichuan**

Nach Meldungen der Beijinger *Rechtsordnungszeitung* (*Fazhi Ribao*, 13.2.95) waren mehr als fünfhundert Polizisten an der Zerschlagung einer "reaktionären Sekte" im Kreis Yichuan (Provinz Henan) beteiligt, die dort eine Großversammlung abhalten wollte. Rund siebenhundert "irregeleitete" Anhänger der Sekte, die aus drei verschiedenen Provinzen zu dem Treffen angereist waren, wurden festgenommen und offiziell verwarnt. Mehr als zwanzig Anführer müssen mit langjährigen Haftstrafen rechnen. Die Polizei beschlagnahmte über tausend "reaktionäre Propagandamaterialien" und zerstörte vier Versammlungszentren der Sekte in Yichuan. Die Geheimgesellschaft sei zwar im Jahre 1953 aufgelöst worden, habe aber in den letzten Jahren ihre Aktivitäten wieder aufgenommen.

Aus der Provinz Sichuan berichtete die Hongkonger Zeitschrift *Vorposten* (*Qianshao*, 1.3.1995, S.26-27, nach SWB, 24.3.95), daß dort Ende letzten Jahres eine antikommunistische Sekte zerschlagen worden sei. Die illegale "Apostelgesellschaft" sei Anfang 1989 auf einer Versammlung gegründet worden, auf der - offenbar im Rückgriff auf christliche Überlieferungen - "zwölf Apostel" ausgewählt worden seien. Ursprünglich habe der Schwerpunkt der Aktivitäten in der Provinz Shaanxi gelegen. Von dort habe die Sekte aber wegen staatlicher Repression ihre Tätigkeit in die Provinz Sichuan (besonders in die Umgebung der Metropole Chongqing) verlagern müssen. Dort entging sie offenbar zunächst der Aufmerksamkeit der Sicherheitsorgane. Führende Positionen in den dörflichen Sektengemeinden nahmen offenbar abtrünnige kommunistische Basiskader und allgemein geschätzte Dorflehrer ein.

Die Anführer der "Apostelgesellschaft" prangerten die moralische Verkommenheit der Kommunistischen Partei an und richteten besonders heftige Angriffe gegen die staatliche Geburtenkontrollpolitik. Eschatologisches Denken soll in den Aktivitäten der Sekte eine große Rolle gespielt haben: Im Jahr 2000 werde eine Katastrophe über die Menschen hereinbrechen; nur die Gläubigen würden verschont bleiben.

Wegen ihrer straffen internen Organisation, der erfolgreichen Rekrutierung neuer Mitglieder und der Verbreitung KP-feindlicher Reden und Schriften wurde die Sekte von den Sicherheitsbehörden als besonders gefährlich eingestuft und schließlich auch in Sichuan verfolgt und zerschlagen. Eine vollständige Unterdrückung der "Apostelgesellschaft" wird den Sicherheitskräften allerdings schwerfallen. Die Sekte soll inzwischen über mehr als zehntausend Anhänger in mindestens neun Bezirken der Provinz Sichuan verfügen. Außerdem gibt es Hinweise darauf, daß die Geheimgesellschaft bereits in den Provinzen Hebei, Shandong und Yunnan sowie in der Autonomen Region Xinjiang Fuß gefaßt hat. -hei-

*(7)

Chinesische Geheimdienste in Hongkong aktiv

Der ehemalige CIA-Agent Nicholas Eftimiades, der in den letzten Jahren mit mehreren Studien über die internationalen Aktivitäten chinesischer Geheimdienste an die Öffentlichkeit getreten ist, hat kürzlich zusammen mit zwei Hongkonger Fachmännern die Tätigkeit chinesischer Nachrichtendienste in Hongkong untersucht. Einige der Erkenntnisse wurden in der Hongkonger Zeitschrift *Yizhoukan* (27.1.1995, S.48-55, nach SWB, 9.3.95) publiziert.

Die Kommunistische Partei Chinas, das Beijinger Ministerium für Staatssicherheit und mehrere Nachrichtendienste der Volksbefreiungsarmee (VBA) haben seit den achtziger Jahren mit großer Energie ihre Kontroll- und Informationsstrukturen in der britischen Kronkolonie ausgebaut. Als Mantelorganisation für die Aktivitäten dient die Hongkonger Zweigstelle der Nachrichtenagentur Xinhua. Ein leitender Geheimdienstoffizier arbeite dort beispielsweise getarnt als stellvertretender Direktor der Kultur- und Sportsektion. Koordiniert würden die geheimdienstlichen Aktivitäten von einem Gebäude der Xinhua-Nach-

richtenagentur im Happy Valley Bezirk aus, wo eine Etage für die intern als "Sicherheitsabteilung" bezeichneten Geheimdienststellen reserviert sei.

Laut Eftimiades sind in den letzten Jahren in großer Zahl chinesische Staatsbürger als Agenten nach Hongkong geschleust worden. Bevorzugt würden solche Personen, die über verwandtschaftliche Beziehungen zu wichtigen Persönlichkeiten in Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit Hongkongs verfügten. Sie würden in China geschult und dann, mit einem Ausreisevisum und Geld ausgestattet, nach Hongkong entsandt. Ihre Aufgabe sei es, in ihren privaten Beziehungen auf eine "patriotische" (Beijing-freundliche) Haltung unter ihren Verwandten hinzuwirken und Informationen über deren politische Ansichten zu sammeln. Diese Agenten müßten regelmäßig in Kontakt mit ihren Verbindungsleuten in der Xinhua-Nachrichtenagentur treten.

Besondere Bedeutung für die chinesische Geheimdienststrategie komme solchen Agenten zu, die sich als chinesische Geschäftsleute in Hongkong etabliert hätten. Diese bekämen zum Teil vom Staatssicherheitsministerium ein Startkapital gestellt, um rasch Kontakte in einflußreichen Wirtschaftskreisen aufbauen zu können. Zum Teil würden diese Agentenunternehmer beim Handel zwischen Hongkong und der VR China gezielt bevorzugt.

Zwei militärische Geheimdienste seien in Hongkong besonders aktiv: Die "Zweite Abteilung" unter dem VBA-Generalstab und das sogenannte "Verbindungsbüro" unter der Politischen Hauptabteilung der VBA. Die militärischen Nachrichtendienste seien auch intensiv mit der Gewinnung von politischen und wirtschaftlichen Informationen beschäftigt und mit der Kontrolle chinesischer Großkonzerne wie der Bank of China Group oder China Resources in Hongkong beauftragt.

Über die professionellen Agenten hinaus sei in den letzten Jahren eine sehr große Zahl informeller Mitarbeiter angeworben worden. Darunter befänden sich Hongkonger Beamte, Mitglieder des Legislative Council, Geschäftsleute und sogar Angehörige von Putzkolonnen in Behördengebäuden, kurz: Personen, die sich Zugang zu internen Informationen verschaffen könnten. Industrie- und Technologiespionage spiele hierbei oft eine ebensogroße Rolle wie politische Ziele. Da man in der Kronko-

lonie als Agent relativ freie Hand habe, ließe sich über Hongkong häufig westliche Hochtechnologie beschaffen, die in den Industrieländern Ausfuhrbeschränkungen unterläge.

Den Reizen der kapitalistischen Lebensweise scheinen jedoch auch immer wieder Agenten aus der Volksrepublik zu unterliegen. So hätten einige Geheimdienstler, die dank der Starthilfe des Staatssicherheitsministeriums gute Geschäfte in Hongkong gemacht hätten, sich eines Tages kurzerhand ins Ausland (meist kleinere südamerikanische Staaten) abgesetzt, nachdem sie zuvor unter der Hand eine neue Staatsbürgerschaft erworben hätten. Die Vielzahl der für die chinesischen Geheimdienste arbeitenden Personen in Hongkong mache es schwierig, die Kontrolle über jeden einzelnen von ihnen aufrechtzuerhalten. -hei-

Kultur und Gesellschaft

*(8)

Bildungsgesetz erlassen

Zum erstenmal in der chinesischen Geschichte hat China ein grundlegendes Gesetz zum Bildungswesen erlassen. Nach dem Gesetz über die allgemeine Schulpflicht von 1986 handelt es sich um das wichtigste Gesetz im Bildungswesen. Das Bildungsgesetz (*jiaoyu fa*) wurde am 18.3.1995 vom Nationalen Volkskongreß verabschiedet und am selben Tag von Staatspräsident Jiang Zemin verkündet. Es wird am 1. September 1995 in Kraft treten. Den vollen Wortlaut veröffentlichte die *Volkszeitung* in ihrer Ausgabe vom 22.3.95. In einem begleitenden Kommentar wurde begrüßt, daß in dem Gesetz die prioritäre Bedeutung des Erziehungswesens zum Ausdruck komme, daß es die legitimen Interessen der Bildungsempfänger, Lehrer und Schulen schütze und die Bildungsreform vorantreibe. Hervorgehoben wurde auch, daß bei Nichteinhaltung der gesetzlichen Vorschriften und Bildungsaufgaben nunmehr gesetzliche Mittel zu deren Durchsetzung zur Verfügung stünden.

Das Gesetz besteht aus 84 Artikeln, die sich in zehn Kapitel untergliedern. Im folgenden wird das Gesetz kapitelweise vorgestellt, wobei zugleich auf einige umstrittene Punkte hingewiesen wird.